Integration durch Bildung!

Beschluss des Deutschlandtages vom 15. bis 17. November 2013 in Erfurt

Als führendes Chancenland in Europa eröffnet Deutschland auch Mitbürgern aus anderen Nationen und Kulturkreisen aussichtsreiche Lebensperspektiven und Chancen auf berufliche Karrieren und individuellen Wohlstand. Der Schlüssel für eine vollumfängliche gesellschaftliche Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund liegt dabei im Aufstieg durch Bildung. Zur Bewältigung politischer Herausforderungen wie dem demographischen Wandel und der Gewährleistung von Wachstum und Wohlstand ist unser Land auf gut ausgebildete, qualifizierte Menschen angewiesen, die sich umgekehrt im globalen Wettbewerb neue und ungeahnte Chancen auf Bildungskarrieren und berufliches Weiterkommen erschließen können. Eine gelungene Integration durch Bildung muss gleichermaßen auf dem Prinzip des Förderns und des Forderns beruhen. Nur wer die Bereitschaft zum Erwerb der deutschen Sprache und zur Akzeptanz der vorherrschenden Werteordnung sowie eine ausreichende Bildungsmotivation mitbringt, kann auch von den persönlichen Zukunfts- und Karrierechancen als Folge einer erstklassigen Ausbildung im Rahmen eines weltweit anerkannten Bildungssystems und exzellenter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen in Deutschland profitieren.

1. Integration durch Sprache

Die deutsche Sprache ist die Triebfeder einer gelingenden Integration und die Voraussetzung für den Erwerb eines Schulabschlusses in Deutschland. Mit ihr sind die beruflichen Zukunftschancen verbunden. Darüber hinaus ist sie Grundlage für eine Verständigung mit Nachbarn, Arbeitgebern, Kollegen, Vereinen oder Behörden und somit für eine vollumfängliche Teilhabe an der Gesellschaft unverzichtbar. Im Einklang mit zahlreichen gleichlautenden wissenschaftlichen Befunden hat der neunte Integrationsbericht der Bundesregierung im Juni 2012 daher zum wiederholten Male den frühzeitigen Erwerb der deutschen Sprache als entscheidenden Faktor für den späteren schulischen Erfolg von Migranten in Deutschland definiert. Eine hinreichende Sprachkompetenz ist unabweisliche Grundlage, um dem schulischen Unterricht folgen und die für eine erfolgreiche Schul- und Berufslaufbahn erforderlichen Voraussetzungen erwerben zu können. Ein sprachlicher Kompetenzrückstand zum Zeitpunkt der Einschulung birgt demgegenüber die Gefahr einer sukzessiven Vergrößerung der Sprachdefizite und des folgenden Verlustes der Anschlussfähigkeit an das Sprachniveau der Klasse. Zudem führen die sprachlich bedingten Kommunikations- und Verständigungsdefizite zu einer zwangsläufigen Ausgrenzung innerhalb der Klassen- und Schulgemeinschaft und damit zur Entstehung von isolierten Gruppierungen entlang kulturell-ethnischer Bruchlinien, die einer

erfolgreichen Integration entgegenstehen. Es kommt zu Erscheinungen wie Frustration, Resignation und Aggressivität. Diese führen wiederum nicht selten zu einer Verweigerungshaltung und dem Abbruch der schulischen Laufbahn. Die mangelhafte Kenntnis und mit zunehmendem Alter stetig geringere Bereitschaft zum Erwerb der deutschen Sprache sind somit auch maßgebliche Faktoren für die überproportional hohe Quote von Schulabbrechern mit Migrationshintergrund.

Während Kinder mit überwiegend muttersprachlicher Sozialisation aufgrund ihrer sprachlichen Defizite folglich in Parallelgesellschaften abzudriften drohen, eröffnet sich Migranten durch das Erlernen der deutschen Sprache in Kita oder Elternhaus demgegenüber der Zugang zu den vielfältigen Bildungschancen und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in der Bundesrepublik. Die von den Grünen einstmals als „Zwangsgermanisierung“ gescholtene Verpflichtung zum Erwerb der Landes- und Unterrichtssprache wird spätestens seit den Erkenntnissen der PISA-Studie als unabdingbar für den Bildungserfolg und die sich daraus ergebenden Zukunftschancen anerkannt. Die politischen Rahmenbedingungen für eine gelungene Integration von Migranten müssen daher zuvorderst bei der Sprachförderung ansetzen, so dass alle Kinder bereits von der ersten Unterrichtsstunde der Grundschule an dem Unterricht folgen können. Eine Ausweitung der Instrumente im Bereich der frühkindlichen Sprachdiagnostik ist in diesem Zusammenhang unerlässlich, um durch gezielte Maßnahmen zur Sprachförderung im frühkindlichen und elementarschulischen Bereich das Fundament für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn zu legen. Die Junge Union setzt sich daher für verpflichtende Sprachstandserhebungen bei allen Kindern im vierten Lebensjahr ein, die zum Teil bereits in einigen Bundesländern im Zuge der Vorsorgeuntersuchungen durchgeführt werden, die bei der Feststellung eines Förderbedarfs die bindende Aufnahme in einen schulischen Vorlaufkurs mit einer einjährigen Begrenzung nach sich ziehen. Die Sprachvermittlung ist dabei von den Kindertagesstätten als Regelaufgabe zu verstehen und erfordert eine entsprechende Qualifikation oder externe Unterstützung der Erzieher. Durch die Ausweitung von Ganztagsangeboten kann darüber hinaus eine unzureichende Sprachpraxis und muttersprachliche Dominanz im Alltag der Schüler verhindert werden. Im Sinne einer nachhaltigen Integration in Schulgemeinschaft und Gesellschaft ist die Unterrichtssprache dabei selbstverständlich auch als Verkehrssprache in den Pausen oder bei schulischen Aktivitäten außerhalb des regulären Unterrichts entsprechend zu fördern. Oberste Priorität hat das Erlernen der deutschen Sprache. Hierfür kann die perfekte Beherrschung der Muttersprache eine Voraussetzung sein. Im schulischen, vorschulischen und außerschulischen Bereich verdient die Förderung der deutschen und gegebenenfalls einer Muttersprache besondere Bedeutung.

Dabei ist vor allem im Sekundarbereich I ein Nachholbedarf an Förderkursen zu beseitigen. Schulen muss die finanzielle Möglichkeit gegeben werden, im Ganztags- bzw. Nachmittagsbereich Kurse „Deutsch als Zweitsprache“, für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, einzuführen. Zur Erlangung eines Qualifikationsnachweises kann an den Schulen allerdings die Möglichkeit zur Zertifizierung des Kompetenzniveaus der Herkunftssprache durch eine Sprachprüfung im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen geschaffen werden.

2. Integration durch Werte

Die Anerkennung und Akzeptanz der auf christlich-abendländisch-humanistischer Tradition beruhenden Rechts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland ist unabweisliche Voraussetzung zur Integration von Migranten und deren vollständiger Teilhabe an der Gesellschaft. Wer in Deutschland die Schule besucht und anschließend hier leben, lernen und arbeiten möchte, muss auch die Bereitschaft zur Annahme der historisch gewachsenen Wertvorstellungen mitbringen. Neben dem Erwerb der sprachlichen Voraussetzungen nimmt daher auch die Wertevermittlung und -erziehung einen zentralen Stellenwert ein: Ihre Vermittlung in der Schule ist insbesondere für Schüler aus anderen Kulturkreisen zwingend erforderlich, um deren spätere Integration in die Arbeitswelt und den Berufsalltag sowie das gesellschaftliche Leben zu ermöglichen. Konstitutionelle Normen wie die Achtung der Menschenwürde, die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die Gewährleistung von Presse- und Meinungsfreiheit, das Gewaltmonopol des Staates und die Gleichberechtigung von Mann und Frau stehen als unteilbare Werte über kulturell oder religiös abweichenden Auffassungen. Verhaltensweisen wie Respekt, Höflichkeit, Fleiß und Zuverlässigkeit sind elementarer Bestandteil eines für die Integration in Berufs- und Lebensalltag unerlässlichen Werteverständnisses. Selbstverständliche Regelungen wie der arbeitsfreie Sonntag und die Festlegung der Feiertage richten sich nach der christlichen Tradition und erfordern daher von Migranten die grundsätzliche Bereitschaft zu hinreichender Flexibilität und Anpassung.

Bei religiösen Konfliktfällen ist in der Schule den Vorgaben des Grundgesetzes zwingen und den Bestimmungen der Schulpflicht in der Regel Vorrang zu geben. Der staatliche Sexualkundeunterricht und die Teilnahme am geschlechtsgemischten Sport- und Schwimmunterricht müssen für Schüler unabhängig von Herkunft oder Religion als verpflichtend erachtet werden. Die Terminierung von Klausuren und schulischen Veranstaltungen ist im Sinne einer verlässlichen Unterrichtsplanung an den Ferienzeiten und offiziellen Feiertagen in Deutschland auszurichten. Das ausschließlich an den

verfassungsgemäßen Vorgaben auszurichtende Geschlechterverständnis darf auch in der Auseinandersetzung mit Schülern aus Familienstrukturen mit entgegengesetzten Rollenmodellen nicht in Zweifel gezogen werden. Anderslautende Handreichungen, wie sie von mehreren SPD-geführten Kultusministerien verteilt werden, stellen demgegenüber eine falsch verstandene Rücksichtnahme auf ausländische Kulturkreise dar und unterminieren dadurch die Lehre und Ausbildung elementarer Wertvorstellungen als Grundlage des gesellschaftlichen Miteinanders in Deutschland.

Davon unberührt bleiben die im Rahmen der Bestimmungen zur Religionsfreiheit bestehenden Möglichkeiten zur Praktizierung des jeweiligen Glaubens. Der staatlich finanzierte Religionsunterricht beeinträchtigt nicht das Recht auf die freie Ausübung und die Wahl der Religion. Dieser soll in Übereinstimmung mit der christlichen Tradition Deutschlands weiterhin nur für katholische und evangelische Konfessionen angeboten werden. Schülern mit anderen Religionszugehörigkeiten muss ein allgemeiner Ethikunterricht angeboten werden, in dem auch Grundsätze der Weltreligionen unterrichtet werden sollen.

3. Integration durch Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft

Integrationsmöglichkeiten des Staates und Integrationsbereitschaft der Migranten bedingen sich gegenseitig. Leistungsfähigen Wirtschafts- und Ausbildungsstrukturen muss daher auch eine entsprechende Leistungsbereitschaft der Schüler und Auszubildenden mit Migrationshintergrund gegenüberstehen. Auf der Grundlage von sozialer Marktwirtschaft und einem begabungsgerechten und leistungsfähigen Bildungssystem hat Deutschland die Voraussetzungen für eine gelungene Integration der Menschen mit Migrationshintergrund geschaffen.

Kein anderes Land hat die Herausforderungen der Staatsschuldenkrise in Europa besser bewältigt als die Bundesrepublik. Wirtschaft und Arbeitsmarkt erweisen sich als erstaunlich robust und weisen kontinuierlich neue Erfolgszahlen vor. Die Zahl ausländischer Investitionen in Deutschland nimmt stetig zu und zeugt von dem ungebrochenen Vertrauen der europäischen und globalen Unternehmen und Märkte in den Standort Deutschland. Rekordzahlen in der deutschen Exportwirtschaft und der Zahl der Erwerbstätigen sowie das geringste Haushaltsdefizit und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit aller 28 Staaten der Europäischen Union sind kein Zufall, sondern das Ergebnis eines qualitäts- und leistungsorientierten Bildungs- und Ausbildungssystems. Ein vielfältiges Schulangebot wird dabei den unterschiedlichen Begabungen und Talenten umfassend gerecht und eröffnet auch Menschen mit

Migrationshintergrund umfangreiche Wahlmöglichkeiten. Insbesondere das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung mit seiner Kombination aus berufstheoretischen und berufspraktischen Elementen wird als weltweit vorbildlich anerkannt. Auch bei kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft muss offensiv für dieses erfolgreiche Modell geworben werden, damit neue Ausbildungsplätze entstehen.

Die erfolgreiche Bewältigung der zurückliegenden Wirtschaftskrise und der enorme Lehrstellenüberhang in Deutschland bestätigen eindrucksvoll, dass die von Einheitsschulbefürwortern fortwährend propagierte Steigerung der Abiturienten- und Studentenquoten wenig zielführend ist. So stehen beispielsweise in den südeuropäischen Ländern den hohen Jungakademikerquoten vielfach ebenso hohe Jugendarbeitslosenquoten gegenüber und veranlassen die Jugendlichen daher zur Auswanderung nach Deutschland. Sozial ist jedoch nur, was auch Arbeit schafft – das gilt im Besonderen für die Bildungschancen der in Deutschland lebenden Migranten. Im Rahmen der europäischen Solidarisierung sollen Projekte geschaffen oder verstärkt werden, um europäischen Jugendlichen im Rahmen der Kapazitäten Lehrstellen in Deutschland zu verschaffen.

Um die optimalen Karrierechancen und Lebensperspektiven in Deutschland nutzen zu können, ist jedoch auch auf Seiten der Menschen mit Migrationshintergrund ein hohes Maß an Flexibilität und Anpassungsbereitschaft erforderlich. Zur Anpassung an die Gesellschaft gehört auch das Engagement für die Gesellschaft. Das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen ist die Basis unseres Zusammenlebens in Deutschland. Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Parteien oder auch Kirchen bieten gute Möglichkeiten zur Integration. Daher muss auch bei Migranten für das Ehrenamt geworben werden. Eines dieser vielfältigen Ehrenämter sind die sogenannten Integrationslotsen, die eine Vorbildrolle übernehmen und Migranten vor Ort unterstützen und beraten. Sie können den Einstieg in das politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Leben unterstützen und gleichzeitig die Eigenverantwortlichkeit der Migranten stärken. Die Junge Union fordert daher den flächendeckenden Aufbau eines Integrationslotsen-Netzwerks.

Hochqualifizierte Migranten sind angesichts des Fachkräftemangels begehrte Ansprechpartner bei mittelständischen Betrieben und global operierenden Wirtschaftsunternehmen. Zur Sicherung des hierfür erforderlichen Bedarfs muss die Anerkennung der im Ausland erworbenen Berufsabschlüsse und -qualifikationen weiter erleichtert werden. Die Behebung des Arbeitskräftemangels im naturwissenschaftlich-technischen Bereich erfordert ferner einen

einfacheren Zugang ausländischer Studenten zu den deutschen Hochschulen. Entsprechende Anreizsysteme sollen überdies zu einem langfristigen Verbleib qualifizierter Hochschulabsolventen in Deutschland beitragen. Geringer qualifizierte Migranten profitieren zudem von der frühzeitigen Praxisorientierung der Haupt-, Real- und Berufsschulen und den vielfältigen Anschlussmöglichkeiten zur Erlangung eines höheren Schulabschlusses.

Zur Wahrnehmung von Bildungschancen zählt allerdings auch der Wille des Elternhauses, den Kindern die Aufstiegsmöglichkeiten zu erlauben und sie entsprechend zu fördern. Insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen ist daher verstärkt darauf zu achten, dass der Einfluss des Elternhauses im Falle traditioneller und auf das Herkunftsland ausgerichteter Familienstrukturen nicht durch integrationshemmende Einflüsse die Zukunftschancen der jüngeren Generationen von Migranten behindert. Eine frühzeitige Aufklärung, Information und Einbindung der Eltern von Schulverweigerern ist erforderlichenfalls mit wirkungsvollen Sanktionsmechanismen im Verweigerungsfall zu verknüpfen. In diesem Zusammenhang sind die rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um beispielsweise die Auszahlung staatlicher Leistungen und Transferzahlungen wie das Arbeitslosengeld II oder Ähnliches in bestimmten Fällen an die Vorlage einer Schulbescheinigung zu knüpfen.

Integration ist immer wechselseitig und somit leistet auch die Gesellschaft in Deutschland ihren Teil für eine gelungene Integration. Deshalb steht für die Junge Union am Ende einer gelungenen Integration das Angebot des Erwerbs der deutschen Staatsbürgerschaft.Die staatlichen Voraussetzungen dafür bestehen schon lange. Die theoretische Führerscheinprüfung kann in elf Fremdsprachen abgelegt werden, es wurden Integrationskurse geschaffen und es gibt Integrationsbeauftragte auf nahezu jeder politischen Ebene. Die zahlreichen Angebote und Initiativen sollten jedoch besser gebündelt und aufeinander abgestimmt werden. Die Maßnahmen müssen unter den Migranten weiter popularisiert werden, um ihren Bekanntheitsgrad und somit auch ihren Wirkungsgrad zu erhöhen. Aber auch die Vorteile einer regulierten und integrativen Migration sowie die Bereitschaft zu einer Aufnahme neuer Bürger in die deutsche Gesellschaft müssen stärker in den Vordergrund gestellt werden. Wir dürfen die Verunglimpfung und Beschuldigung ganzer Volksgruppen und Ethnien auf Grund des Benehmens Einzelner nicht zulassen.

Auf der Grundlage des Dreiklangs „Sprache – Werte – Leistung“ wird Migranten in Deutschland die einzigartige Chance zur Integration durch Bildung zuteil. Sie auch zu nutzen, liegt freilich in der Verantwortung eines jeden Einzelnen.